

SoVD-Forderungen zum „Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung“

Einheitliches Teilhabegeld statt Flickenteppich

Mehr als 660.000 Menschen in Niedersachsen haben eine Schwerbehinderung. Als Ausgleich für ihre Behinderung können sie verschiedene Leistungen bekommen. Das Problem: Diese sind sehr unübersichtlich und je nach Behinderung unterschiedlich gestaltet. Anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb ein einheitliches Teilhabegeld, das allen Betroffenen gleichermaßen zugutekommt.



Foto: vladstar / Adobe Stock

Der SoVD ist der Auffassung, dass alle Menschen mit Behinderung ein einheitliches Teilhabegeld erhalten sollten – nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland.

Menschen mit Behinderung erhalten in einzelnen Bundesländern unterschiedliche Leistungen. In Niedersachsen und Berlin gibt es zum Beispiel ein Landesblindengeld – allerdings liegt der Betrag in Berlin mehr als 250 Euro über dem in Niedersachsen. Auch für gehörlose oder taubblinde Menschen gibt es Unterschiede: Während etwa Berlin, Nordrhein-Westfalen oder Hessen ein Gehörlosengeld zahlen, gehen Betroffene in Niedersachsen leer aus. „Das ist eine extreme Ungleichbehandlung. Es kann nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob jemand finanzielle Unterstützung bekommt oder nicht“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Nach Auffassung des größten Sozialverbands in Niedersachsen wäre ein bundeseinheitliches Teilhabegeld die richtige Lösung.

„Das Teilhabegeld muss einkommens- und vermögensunabhängig und vor allem allen Betroffenen gezahlt werden – egal, welche Behinderung sie haben“, erläutert Swinke.

Dass die Bundesregierung diese weitaus gerechtere Leistung bislang ablehne, sei ein enttäuschendes Signal. „Dadurch würden Menschen mit Behinderung mehr Flexibilität und Selbstbestimmung in punkto Teilhabe erhalten“, so der Vorstandsvorsitzende. Deshalb fordert der SoVD von der niedersächsischen Landesregierung, mit gutem Beispiel voranzugehen. „Für die Menschen mit Behinderung in Niedersachsen muss es ein einheitliches Teilhabegeld geben, um mehr Gerechtigkeit herzustellen. Außerdem sollte sich Niedersachsen mit einer Bundesratsinitiative für eine bundesweite Lösung einsetzen“, betont Swinke.

Bürgergeld und Grundsicherung: Fast 15 Prozent der Betroffenen zahlen zu hohe Mieten selbst

Tatsächliche Kosten müssen übernommen werden

Wer Bürgergeld oder Grundsicherung erhält, bekommt die Kosten für Unterkunft und Heizung erstattet, solange diese angemessen sind. In Niedersachsen ist das bei etwa 15 Prozent der Bezieher*innen jedoch nicht der Fall. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der ehemaligen Fraktion Die Linke. Die Folge: Miete und Heizkosten müssen aus dem ohnehin knapp bemessenen Regelsatz bezahlt werden. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb, die angemessenen Kosten zu überprüfen und anzupassen. Außerdem müsse es mehr bezahlbaren Wohnraum geben.

In Niedersachsen entscheidet jede Kommune selbstständig, welche Kosten für Unterkunft und Heizung bei Bürgergeld- oder Grundsicherungsbezug angemessen sind. In zahlreichen Fällen liegt dieser Betrag jedoch unter dem tatsächlichen Mietniveau des jeweiligen Wohnorts. Das führt dazu, dass Betroffene in Niedersachsen durchschnittlich etwa 90 Euro aus ihrem Regelsatz dazuzahlen müssen. „Das ist für die meisten fast unmöglich, denn mit 520 Euro monatlich ist der Regelsatz ohnehin schon zu niedrig. Auch die Erhöhung zum 1. Januar um 61 Euro reicht nicht. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband, dass die gezahlten Kosten jedes Jahr überprüft und angepasst werden.

„Nur so kann dafür gesorgt werden, dass Bezieher*innen von Bürgergeld und Grundsicherung nicht weiter in die Armut getrieben werden“, betont Swinke weiter.

Allerdings sei damit das Problem der fehlenden Sozialwohnungen noch nicht gelöst. „Die Mieten steigen auch in Niedersach-

sen immer weiter. Hier muss die Landesregierung endlich dafür sorgen, dass es mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum gibt“, so der nie-

dersächsische SoVD-Chef. Es sei notwendig, dass die Landeswohnungsgesellschaft umgehend ihre Arbeit aufnehme. Die Zeit dränge.



Foto: Wayhome Studio / Adobe Stock

An vielen Orten ist die Mietbelastung erheblich höher als der Betrag, der für Bürgergeldbezieher als angemessen definiert wird.

NEUE PODCAST-FOLGE

Komplizierte Behörden schreiben

Wer kennt das nicht? Man bekommt ein Schreiben von der Rentenversicherung oder einer Behörde und versteht kein Wort. Das ist insbesondere für Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen oder Lernschwierigkeiten haben, ein Problem. Auch andere wissen oft nicht, was sich hinter dem Behördendeutsch verbirgt. Die Folge: Betroffene sind unsicher und haben Schwierigkeiten, Leistungen zu erhalten. Darüber sprechen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel in der neuen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof“. Sie zeigen auf, wo die Herausforderungen liegen und was man tun kann. Mit Prof. Christiane Maaß von der Forschungsstelle Leichte Sprache an der Uni Hildesheim reden sie darüber, warum Behörden ihre Schreiben so kompliziert verfassen und wie die Anschreiben formuliert sein müssten, damit viele Menschen sie verstehen.

Die neue Folge ist unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.

EUTB®-Jubiläumsveranstaltung erörtert Teilhabechancen und Veränderungspotenziale „Psychische Gesundheit für alle?!“

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der elf Beratungsstellen der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®) in Trägerschaft des SoVD in Niedersachsen luden EUTB® und SoVD zur Online-Veranstaltung „Psychische Gesundheit für alle?! Folgen mangelnder Inklusion und Teilhabe“ ein. In Impulsvorträgen kamen Expertinnen aus der Wissenschaft und Beratung zu Wort. Im Anschluss entwickelten die rund 80 Teilnehmenden in Workshop-Gruppen politische Forderungen rund um gleichberechtigte Teilhabe und psychische Gesundheit.

In seinem Grußwort dankte der SoVD-Vorstandsvorsitzende Dirk Swinke den EUTB®-Berater*innen für ihren Einsatz in den zurückliegenden Jahren und erinnerte an die umfassende Aufbauarbeit, die alle an den verschiedenen Standorten bewältigt haben, um das Beratungsangebot bekannt zu machen. Die EUTB® nahm deutschlandweit 2018 ihre Arbeit auf und berät von Behinderung Betroffene und deren Angehörige unabhängig, niedrigschwellig und kostenfrei.

Die Idee für die Veranstaltung „Psychische Gesundheit für alle?!“ entstand aus der Erfahrung der Berater*innen heraus, dass viele Ratsuchende Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit ihrer Behinderung haben, sagte Moderatorin Stefanie Jäkel. Häufig komme eine psychische Belastung der Betroffenen hinzu.

Im ihrem Impulsvortrag „Gesundheit – Teilhabechancen – Diskriminierungsrisiken“ führte die Diversitätssoziologin Prof. Dr. Elisabeth Wacker in die Thematik ein und beleuchtete Zusammen-



Abbildung: Logo der EUTB® und Förderungshinweis

hänge. Sie stellte die Lebenslage von Menschen mit Behinderung anhand des dritten Teilhabeberichts der Bundesregierung vor und unterstrich, dass Behinderung eine soziale Dimension habe, die in sozialer Ungleichheit sichtbar werde. Im Gesundheitswesen äußere sich diese darin, dass die Versorgung von Menschen mit Behinderung beeinträchtigt sei. Dies habe viele Gründe, etwa fehlende Barrierefreiheit in Arztpraxen. Normalitätsvorstellungen seien auch im Gesundheitssystem verankert. Es müsse Raum für eine „gleichberechtigte Unterschiedlichkeit“ geschaffen werden, so Prof. Wacker. Ziel müsse sein, gesundheitliche

Chancengleichheit herzustellen. Teilhabe als Menschenrecht beziehe selbstverständlich die Gesundheitsversorgung mit ein.

Der Vortrag der Psychologin und Aktivistin Charlotte Zach setzte sich mit den Fragen auseinander, ob Psychotherapie auf Diskriminierungserfahrungen eingehen muss und ob sie dies leisten kann. Zach ging auf die Facetten von Ableismus ein und definierte, wie sich diese Diskriminierungsform im Alltag äußern kann. Es gebe einen nachweisbaren Zusammenhang von Ableismuserfahrungen und psychischer Belastung, so Zach. Denn diese beschädigen das Selbstwirk-

samkeitsgefühl der Betroffenen. Ableismus werde in der Psychotherapie jedoch kaum berücksichtigt und sei Therapeut*innen wenig bekannt, sagte Zach. Dabei wäre eine Unterscheidung zwischen der Belastung durch eine Behinderung und der Belastung durch eine Ableismuserfahrung wichtig. Der Zugang zur Therapie müsse niedrigschwellig gestaltet werden. Ebenso sei das Angebot barrierearmer Kommunikation (Leichte Sprache, Gebärdensprache) in der Therapie essenziell.

Nach dem fachlichen Input arbeiteten die Teilnehmenden in Workshop-Gruppen unter Anleitung der EUTB®-Berater*innen zu verschiedenen Themen. Gemeinsam stellten sie Veränderungspotenziale heraus und formulierten Forderungen an die Politik, damit Chancengleichheit und psychische Gesundheit für alle verwirklicht werden können. Die Ergebnisse werden die EUTB® und der SoVD zeitnah aufgreifen und in ihrem Einsatz für Inklusion und Teilhabe konsequent weiterverfolgen.

SoVD fordert konsequenten Wiederaufbau der Inneren Medizin in Varel

Stationäre Gesundheitsversorgung

Nachdem es in der Inneren Medizin des Vareler St.-Johannes-Hospitals nicht mehr ausreichend ärztliches Personal gibt, um die Versorgung der Patient*innen zu gewährleisten, ist die Schließung der Abteilung zum 22. Dezember angekündigt worden. Ob diese wieder aufgebaut werden wird, ist unklar. Der SoVD-Kreisverband Friesland appelliert an Leitung und Aufsichtsrat der Klinik, eine gute und wohnortnahe Versorgung der Menschen in Varel aufrechtzuerhalten. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, beteiligte sich der SoVD zudem an einer Mahnwache – gemeinsam mit Bürger*innen und Vertreter*innen anderer Organisationen.

Nachdem mehrere Ärzt*innen die internistische Abteilung des St.-Johannes-Hospitals verlassen hatten und deren Schließung zum Jahresende beschlossen wurde, erreichten den SoVD-Kreisverband Friesland viele Nachfragen von Bürger*innen. Sie sorgen sich um die stationäre medizinische Versorgung in Varel und Umgebung. Dass sich Aufsichtsrat und Leitung der Klinik bislang nicht festgelegt haben, ob und wann man die Innere Abteilung wiederaufbauen werde, sei nicht akzeptabel, meint Bernd Piper, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Friesland. „Auch wenn es nicht einfach ist, die vakanten Stellen nachzubeseetzen, darf dies nicht länger aufgeschoben werden“, so Piper. Auf keinen Fall dürfe die vorläufige Schließung der internistischen Abteilung zu einem

dauerhaften Aus führen, um Kosten zu sparen.

Einschränkungen gibt es künftig auch bei der Notfallambulanz des Hospitals. Diese wird täglich von 8 bis 16.30 Uhr geöffnet sein. „Notfallpatienten in den Abendstunden müssen in weiter entfernte Krankenhäuser nach Oldenburg oder Wilhelmshaven gefahren werden. Das ist besorgniserregend, zumal gerade in Varel viele ältere Menschen leben, die besonders unfallgefährdet sind“, so der SoVD-Vertreter. Auch bräuchten die Fachbereiche Gynäkologie und Geburtshilfe eine Chirurgie vor Ort. Die Geburtshilfe in Varel sei zudem auch für die umliegenden Landkreise essenziell.

Um ein deutliches Zeichen für den Erhalt der Inneren Medizin und der wohnortnahen stationären Versorgung zu setzen,



Foto: GordonGrand / Adobe Stock

Die Notfallambulanz in Varel ist künftig nur tagsüber besetzt. Außerhalb dieser Zeiten gibt es dort eine pflegerische Versorgung.

beteiligten sich Vertreter*innen des SoVD in Friesland und seiner Ortsverbände gemeinsam mit weiteren Organisationen und Bürger*innen an einer Mahnwache auf dem Parkplatz Bleichenpfad in Varel.

Online-Vortrag für alle Interessierten im Januar

SoVD informiert zu Altersrenten

Auch 2024 bietet der SoVD-Landesverband Niedersachsen im Rahmen seiner digitalen Vortragsreihe Veranstaltungen zu verschiedenen Themen an. Die erste im neuen Jahr findet am 25. Januar 2024 von 16 bis 17.30 Uhr statt. Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, informiert zu „Altersrenten: Welche steht mir zu? Und reicht sie später zum Leben?“.

Auch 2024 nutzt der SoVD wieder seine digitale Vortragsreihe, um Interessierte online und ganz bequem von zu Hause aus zu informieren. Wegen des großen Interesses gibt es für vergangene Veranstaltungsthemen 2024 weitere Termine.

In seinem Vortrag über Altersrenten verschafft Kai Bursie den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Arten der Altersrente und erklärt alles Wichtige zum Anspruchsalter und den Anspruchsvoraussetzungen. Außerdem spricht der Referent über die Grundzüge

der Rentenberechnung sowie mögliche Rentenlücken und thematisiert, wie sinnvoll eine weitere Altersvorsorge sein kann.

Mitglieder und Interessierte können sich per E-Mail an weiterbildung@sovnd-nds.de bis zum 23. Januar für den kostenlosen Vortrag anmelden. Weitere Termine der digitalen SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.

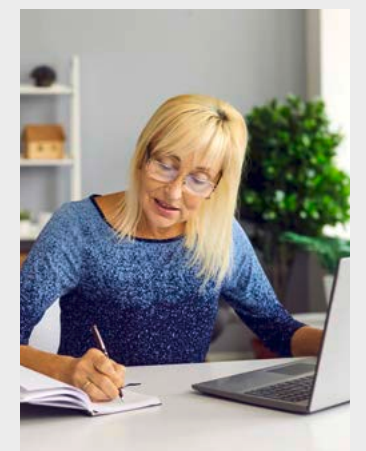


Foto: Studio Romantic / Adobe Stock

Alle Interessierten können kostenfrei und bequem von zu Hause aus teilnehmen.

SoVD in Wolfenbüttel setzt sich gegen Gewalt an Frauen ein
Zeichen für eine gewaltfreie Zukunft

Der SoVD-Kreisverband Wolfenbüttel beteiligte sich am 25. November, am internationalen Tag der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – auch „Orange Day“ genannt –, an einer Aktion in der Innenstadt von Wolfenbüttel.

Vertreter*innen zahlreicher Vereine und Organisationen wie Amnesty International oder Frauenschutzhaus waren ebenfalls dabei. Gemeinsam informierten die Engagierten Bürger*innen rund um Gewalt an Frauen und klärten sie über Hilfsmög-

lichkeiten auf. Um schon im Vorfeld auf die Aktion aufmerksam zu machen, hatte SoVD-Kreisfrauensprecherin Angelika Kaatsch einen orangefarbenen Stuhl im SoVD-Beratungszentrum platziert. Dieser Stuhl verdeutlicht, dass dort eine Frau sitzen könnte, die Opfer von Gewalt wurde. Viele der Ortsfrauensprecherinnen im Kreisverband waren Kaatschs Einladung gefolgt und unterstützten die Aktion in der Innenstadt. Die Engagierten kamen mit vielen interessierten Bürger*innen ins Gespräch.



Fotos: Heinz Kaatsch

Die Ortsfrauensprecherinnen des SoVD-Kreisverbands Wolfenbüttel beteiligten sich gemeinsam an der Aktion.

SoVD-Kreisverband Hannover-Stadt organisiert Demo-Rundfahrt durch Hannover
Engagement zum „Orange Day“

Das eigene Zuhause ist für viele Frauen der gefährlichste Ort. Für den SoVD-Kreisverband Hannover ist das ein Thema, das alle Menschen angehen muss. Deswegen hat der Kreisverband auch 2023 mit einer eigenen Veranstaltung die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Forderungen des SoVD zum Gewaltschutz gelenkt. Die Engagierten organisierten zum „Orange Day“, Aktionstag gegen Gewalt an Frauen, eine Infoveranstaltung und mieteten außerdem einen Bus, der – orange beleuchtet – mit den Teilnehmenden in der Innenstadt die Blicke auf sich zog.

„Wir fordern weiterhin eine bessere Beratung der Frauen nach tätlichen An- und Übergriffen. Vor allem dürfen die finanziellen Mittel in diesen Bereichen nicht weiter gekürzt werden – im Gegenteil, es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden“, sagt Ingrid Beyer, Sprecherin des Gesellschaftspolitischen Ausschusses des Kreisverbands. Beyer, weitere Ausschussmitglieder sowie Mitglieder der Ortsverbände in Hannover-Land organisierten die Informationsveranstaltung zum „Orange Day“ gemeinsam.

Über 30 Teilnehmende konnten die Engagierten begrüßen. Nach der Eröffnung durch die 2. Kreisvorsitzende Petra Stittgen folgte das Grußwort von Kerstin Tack, Vorsitzende vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen. Das Grußwort wurde von Barbara Kastien, stellvertretende Kreisfrauensprecherinnen, vorgetragen. Tack betonte darin, wie sehr der SoVD als starker



Foto: Timo Stöner

Teilnehmende mit orangefarbenen Leuchten vor dem Bus

Partner im Einsatz für eine faire und gerechte Gesellschaft geschätzt werde und sie stellte fest, dass dieser international begangene Tag zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen auch 2023 noch bitter nötig sei.

Beyer schilderte anschließend, wie sich häusliche Gewalt entwickle. Häufig ändere sich eine Beziehung schleichend und es gebe zunächst Demütigungen, Ignoranz oder Überwachung ohne körperlicher Gewalt. Es sei wichtig, so Beyer, dass es in weiten Kreisen

bekannt werde, dass sich Frauen bereits in einem frühen Stadium an eine kostenfreie Beratungsstelle wenden können. Nach diesem Informationsblock führen die Teilnehmenden mit einem angemieteten Bus öffentlichkeitswirksam durch Hannovers Innenstadt. Den Bus-Innenraum hatten die Ausschussmitglieder mit selbst angefertigten Leuchten in Orange ausgeleuchtet. Die SoVD-Aktiven wollen auch im kommenden Jahr eine Veranstaltung zum „Orange Day“ durchführen.

„Soziales Engagement ist Engagement für Demokratie“

Gespräch mit Hanna Naber

Meinungsaustausch und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Jung und Alt liegen Hanna Naber (SPD) am Herzen. Dazu brauchte die Landtagspräsidentin beim SoVD-Dialog des SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst kein Manuskript.

Naber ist in Sorge, da sich die Demokratie zunehmender Bedrohung ausgesetzt sieht. Knapp 75 Jahre nach der ersten Bundestagswahl wenden sich immer mehr Menschen von der Demokratie ab. Naber sieht den demokratischen Diskurs und die respektvolle Debatte in Gefahr. Heute „haben viele eine kurze

Lunte“ und gehen sofort hoch, wenn jemand anderer Meinung ist oder nicht alles sofort klappt. Diese Stimmung rutscht einen Hang hinunter. Unten positionieren sich extreme Kräfte, die darauf warten, vom Erdbeben zu profitieren. Früher gab's die Eckkneipe, wo schwadroniert wurde. Heute ist die dicht. Dafür

bleiben viele in Social-Media-Meinungsblasen unter sich. Was tun? „Wer sich für einen Sozialverband engagiert, arbeitet für die Demokratie“, sagt Naber.

Der SoVD ist die Stimme derer, die häufig keine Lobby haben – für die, die die Politik nicht immer ganz oben auf der Agenda hat. Themen zur sozialen Gerechtigkeit gebe es viele, so Benjamin Kruse, SoVD-Kreisvorsitzender und Renate Ripken, SoVD-Ortsvorsitzende Oldenburg: Altersarmut, zu wenig bezahlbarer Wohnraum in Oldenburg, Pflege oder kleine Renten. Einig ist man beim Thema Rente: Die große Welle der Altersarmut komme noch, weil heute viele gebrochene Erwerbsbiografien und prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben. Kruse sagt, es könne nicht sein, dass die, die ein Leben lang gearbeitet haben, „zum Amt müssen“, gerade nicht, wenn sie im Alter Hilfe brauchen. Die Runde plädierte außerdem dafür, die Selbstkosten in der Pflege zu deckeln.



Foto: Dr. Hergen Riedel

Benjamin Kruse, Vorsitzender des Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst, Landtagspräsidentin Hanna Naber und Renate Ripken, Vorsitzende des Ortsverbands Oldenburg (v.l.)



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: Januar-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 2., 16. und 30. Januar, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
 Landesverband Niedersachsen e. V.
 Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
 Tel.: 0511 70148-0
 Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovnd-nds.de

Redaktion:
 Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
 Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
 Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
 Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Kleiderspenden für Kinder mit Gewalterfahrung

SoVD in Verden unterstützt Kinderheim

Nachdem Günter Bergmann, Vorsitzender des SoVD-Kreis- und Ortsverbands Verden, vom Kinderheim „Kleine Strolche“ in der Zeitung gelesen hatte, entstand schnell die Idee, dieses zu unterstützen. Es sei wichtig gewesen, als SoVD auch etwas für junge Menschen, für die junge Generation, zu unternehmen. Das Kinderheim nimmt Kinder von null bis sechs Jahren auf, die körperliche Gewalt oder Missbrauch erlebt haben und gibt ihnen bestmögliche, auch psychologische, Betreuung, damit sie gut ins Leben zurückfinden. „Da kann man nicht weggucken“, sagt Bergmann, denn die Erlebnisse

dieser noch ganz jungen Menschen machten betroffen.

Er und seine Frau Gudrun Bergmann, die sich beim SoVD als Kreis- und Ortsschatzmeisterin engagiert, besuchten das Kinderheim und sprachen vor Ort mit den Betreiber*innen. Zum damaligen Zeitpunkt suchte das Kinderheim dringend nach Kleiderspenden für die Kinder. Mit vereinten Kräften gelang es den Ehrenamtlichen aus Kreis- und Ortsvorstand die benötigten Kleidungsstücke zu organisieren. Eine der Ehrenamtlichen sprach die Deutsche Kleiderstiftung in Helmstedt an, andere Ehrenamtliche stellten Kartons bereit oder beschafften einige Kleiderspenden über einen Kindergarten. Anschließend wurde alles gesichtet und die passenden Kleidungsstücke für die „Kleinen Strolche“ mussten gepackt werden.

Zum Abschluss mietete Günter Bergmann einen Anhänger und übergab 12 Umzugskartons voller Kinderkleidung an Dr. Sonja Risse vom Kinderheim.



Foto: Felix Bergmann

Günter Bergmann überreichte die Spenden an Dr. Sonja Risse von den „Kleinen Strolchen“.

In Holzminden lässt der Weiterbau des Frauenhauses auf sich warten

SoVD spendet an Frauenhaus Hameln

Anlässlich des „Orange Day“, des weltweiten Protesttags gegen Gewalt an Frauen, haben die SoVD-Kreisverbände Holzminden und Hameln Spenden an das Frauenhaus Hameln übergeben. Der SoVD in Holzminden hat an das Frauenhaus Hameln gespendet, weil es ein Frauenhaus in Holzminden derzeit noch nicht gibt. Ein geplanter Umbau stockt. Aus Sicht der SoVD ist diese Situation nicht hinnehmbar.

„Im August haben wir bei unserem Tag der offenen Tür Bratwurst und Kuchen kredenzt, das eingenommene Geld sollte eigentlich als Spende an das Frauenhaus Holzminden gehen“, verrät SoVD-Kreisvorsitzender Hermann Schlieker aus Holzminden. „Doch nun geht es mal wieder nicht weiter, ein zugesagter Förderbescheid des Bundesamts für Familie kommt nicht an Land“, so Schlieker weiter. Der Bescheid solle bis Ende 2024 gelten, was äußerst knapp bemessen sei. Auch Bürgermeister Christian Belke sieht die Zeitnot und erinnert an die zweihundertjährige Bausubstanz des Objekts. Die Gelder werden dringend benötigt, damit weitergebaut werden kann.

Da der SoVD um die Lage in den Frauenhäusern insgesamt weiß, hat der Kreisvorstand beschlossen, seine Spenden nach Hameln zu geben. Denn Frauenhäuser können jeden Euro gebrauchen. Im Kreisver-



Foto: SoVD-Kreisverband Holzminden

Joanna Bugowska und Katrin Meister vom Team Frauenhaus Hameln, Hermann Schlieker vom SoVD in Holzminden, Barbara Rudge, Vorsitzende des SoVD in Hameln, und Evelyn Mitwer, Kreisfrauensprecherin Hameln (v.l.)

band Hameln wurde ebenfalls an eine Spende zum „Orange Day“ gedacht und so kam der gemeinsame Termin zustande.

In Hameln, so wie in allen Frauenhäusern auch, müssen viele schutzsuchende Frauen abgewiesen werden. Elf Plätze gibt es dort, nach den Vorgaben der Politik müssten es jedoch allein für den Kreis Hameln 16 sein.

Schlieker hatte den NDR um Unterstützung gebeten. Ein Redakteur kam zur Spendenüber-

gabe und veröffentlichte einen Beitrag im NDR Radio Niedersachsen. Womöglich habe dieser dazu beigetragen, dass es inzwischen einen sogenannten „Inaussichtstellungs-Bescheid“ des Bundesamts gebe, so Schlieker. „Bleibt zu hoffen, dass der Bundesfinanzminister die Haushaltsmittel bereitstellen darf“, sagt der Kreisvorsitzende. Der SoVD in Holzminden werde sich weiterhin konsequent für das Frauenhaus einsetzen.

Wenn Rente und Vermögen nicht ausreichen: Wohngeld und Hilfe zur Pflege möglich

Entlastung bei Pflegeheimkosten

Wissen Pflegeheimbewohner*innen aufgrund der stark gestiegenen Pflegeheimkosten nicht, wie sie mit ihrer Rente den Platz im Pflegeheim noch finanzieren sollen, können sie unter Umständen Wohngeld oder Hilfe zur Pflege beziehen. Welche Voraussetzungen Betroffene für einen Anspruch auf die Leistungen erfüllen müssen, erklärt der SoVD.

Viele Pflegeheimbewohner*innen können durch die enorm gestiegenen Pflegeheimkosten die Finanzierung ihres Heimplatzes oft nicht mehr stemmen. Reichen die Rente und etwaiges weiteres Einkommen sowie das Vermögen zusammen mit den Zahlungen der Pflegekasse nicht aus, um die Kosten zu tragen, können Betroffene Anspruch auf Wohngeld haben und die Leistung über den Wohngeldantrag für Heimbewohner*innen beantragen. „Als wichtigste Voraussetzung gilt, dass keine anderen Sozialleistungen wie beispielsweise die Hilfe zur Pflege bezogen werden“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Die Hilfe zur Pflege selbst kann ab Pflegegrad 2 auch eine weitere Möglichkeit zur finanziellen Entlastung sein. „Hierbei handelt es sich um eine Form der Sozialhilfe. Daher werden Einkommen und Vermögen einer Bedarfsgemeinschaft insgesamt betrachtet“,



Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock

Der von Pflegeheimbewohner*innen zu zahlende Eigenanteil ist in den vergangenen Monaten nochmals deutlich gestiegen.

weiß Lorenz. Wohnt zum Beispiel nur der*die Ehepartner*in in einer Pflegeeinrichtung, muss der*die Zuhausewohnende sich nur in einer Höhe an den Pflegeheimkosten beteiligen, die es ihm*ihr weiterhin erlaubt, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Reichen die finanziellen Mittel der Eltern nicht aus, kann das Sozialamt Unterhaltsfor-

derungen an die Kinder stellen. „Das ist allerdings nur ab einem Jahresbruttoeinkommen von 100.000 Euro möglich“, so Lorenz.

Gerne beantworten die Berater*innen des SoVD auch weitere Fragen zum Thema Pflege. Beratungstermine können über das Mitglieder-Servicetelefon unter 0511 65610720 vereinbart werden.

Kreisverband Braunschweig beantwortet Fragen zum Sozialrecht

Offene SoVD-Telefonberatung

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 17. Januar, von 10 bis 11.30 Uhr für alle Interessierten eine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts.

Anliegen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden dann beantwortet. Außerdem können Interessierte zu den Themen Existenzsicherung (Erwerbsminderungsrente, Arbeitslosengeld 1, Bürgergeld, Grundsicherung, Sozialhilfe, Wohngeld), Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht Rat einholen. Sie können sich unter der Telefonnummer 0531 2444192 kostenlos über diese Themen informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Fragen beantworten. Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss auch persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Ohne Namensnennung werden besonders interes-

sante Gespräche dieser Beratung am Freitag, 2. Februar, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung des SoVD in Braunschweig findet etwa alle drei Monate statt.

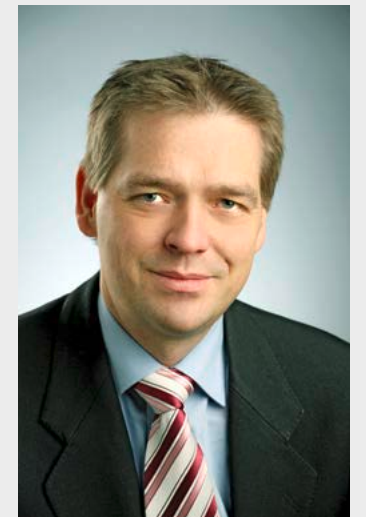


Foto: Sascha Gramann

Sozialrechtsexperte Kai Bursie bietet etwa alle drei Monate die offene Telefonberatung an.